

Antrag 51/II/2021**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Demokratie bewahren! Faire Wahlen in Ungarn garantieren****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)**

1 Wir fordern die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion
2 und die SPD-Europaabgeordneten dazu auf, sich bei der
3 EU-Kommission für freie und faire Wahlen bei den kom-
4 menden Parlamentswahlen in Ungarn im Jahr 2022 einzu-
5 setzen. Aufgrund der Erfahrungen der beiden letzten Par-
6 lamentswahlen sollte bereits vor den Wahlen auf Folgen-
7 des hingewirkt werden:

- 8
- 9 1. Kandidat*innen sollen sich schon vor dem Beginn
10 der Wahlkampfperiode registrieren können, um
11 rechtzeitig öffentliche Gelder für den Wahlkampf er-
12 halten zu können.
- 13 2. Transparenz bei der Wahlkampffinanzierung, z.B.
14 durch öffentliche Berichte, die ausreichend detail-
15 liert die Einnahmen und Ausgaben für Kandidat*in-
16 nen und Parteien aufschlüsseln. Diese sollten spä-
17 testens einen Tag vor der Wahl in einem digitalen
18 und durchsuchbaren Format einsehbar sein.
- 19 3. Meinungsvielfalt in den Medien mit einem mög-
20 lichst barrierefreien Zugang zu diesen, sowie
21 die Wiederherstellung der Unabhängigkeit des
22 öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit redaktionel-
23 lem Pluralismus, einem transparenten Auswahlpro-
24 zess bei der Benennung von leitenden Angestellten
25 und einem transparenten und nachhaltigem
26 Finanzierungssystem.

27

28 Zudem soll es einen unabhängigen internationalen Wahl-
29 beobachtungsprozess geben, welcher ausreichend unab-
30 hängige internationale Beobachter*innen insbesondere
31 im ländlichen Raum zur Verfügung stellt, die den Wahl-
32 prozess begleiten und ihn unter Berücksichtigung interna-
33 tionaler Standards neutral und objektiv bewerten sowie
34 gegebenenfalls etwaige Unregelmäßigkeiten offenlegen
35 können.

Begründung

36

37 Ungarn, einst Vorbild unter den Transformationsländern
38 Ostmitteleuropas, wird seit 2010 von Viktor Orbán und
39 seiner rechtskonservativen Fidesz-Partei regiert. Unter
40 dieser Regierung wurde die Demokratie in Ungarn immer
41 weiter ausgehöhlt und die Opposition weitgehend ge-
42 schwächt. Unter anderem wurden die Kompetenzen des
43 Verfassungsgerichts eingeschränkt und eine Wahlrechts-
44 reform durchgeführt, die sich negativ auf den Wahlpro-
45 zess auswirkt. Die Wahlkommission der OSZE kam bereits
46 zu den Parlamentswahlen im Jahr 2013 und 2018 zu dem
47

48 Schluss, dass die Wahlen „frei, aber nicht fair“ durchge-
49 führt wurden und hat entsprechende Empfehlungen her-
50 ausgeben, auf denen zum Teil die oben angegebenen For-
51 derungen beruhen. Auch die Presse- und Medienland-
52 schaft wurde von der Regierung Orbán weitgehend un-
53 ter staatliche Kontrolle gebracht. Die Nichtregierungsor-
54 ganisation „Reporter ohne Grenzen“ gab Ungarn in ihrer
55 „Rangliste der Pressefreiheit“ den Platz 92 von 180 Län-
56 dern¹, im Jahr 2010 hatte Ungarn noch Platz 23. Regie-
57 rungskritische und investigative Berichte sind nur noch
58 selten zu finden.

59

60 Letztendlich stuft die Nichtregierungsorganisati-
61 on² „Freedom House“ Ungarn in seinem Bericht für das
62 Jahr 2020³ als einziges Mitgliedsland der EU als nur
63 „teilweise frei“ ein. Die ungarische Regierung behindere
64 die Aktivitäten von Oppositionsgruppen, Journalist*in-
65 nen, Universitäten und Nichtregierungsorganisationen.
66 Aufgrund struktureller Benachteiligung sei es für die Op-
67 position zunehmend schwierig, einen Regierungswechsel
68 durch Wahlen herbeizuführen.

69

70 Trotz dieser erschreckenden Analysen und um dennoch
71 der stetigen Machtausweitung der Orban-Regierung und
72 der damit verbundenen voranschreitenden Aushöhlung
73 der Demokratie etwas entgegenzusetzen, haben sich die
74 Oppositionsparteien zu einem breiten Wahlbündnis für
75 die kommenden Parlamentswahlen zusammengeschlos-
76 sen. Insbesondere die progressiven Parteien MSZP und DK
77 sowie die 2017 gegründete liberal-demokratische Partei
78 Momentum befürchten bei den Wahlen Ungleichbehand-
79 lungen der Opposition. Wir als SPD sollten uns dafür stark
80 machen, dass die Demokratie in Europa nicht weiter mit
81 Füßen getreten wird! Freie und faire Wahlen sollten das
82 Mindeste sein und könnten der Neubeginn für einen de-
83 mokratischen Wandel in Ungarn sein.

¹<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/ungarn/>